

„Tierbestände abbauen statt teuer umbauen!“

Bündnis kritisiert Borchert-Pläne

- Finanzierung von Stallumbauten und „Tierwohl“-Maßnahmen verbessert die Situation der Tiere nur minimal
- Fatale Klima-, Umwelt- und Gesundheitsfolgen der Tierindustrie bleiben unverändert
- Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ fordert einen drastischen Abbau der Tierbestände

2.3.2021 Das Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ übt scharfe Kritik an den Empfehlungen der Borchert-Kommission. Anlass ist die Veröffentlichung einer Machbarkeitsstudie des Bundesagrarministeriums zu den Borchert-Empfehlungen. Die Empfehlungen seien nicht geeignet, die Kernprobleme der Tierhaltung zu lösen, und könnten sogar kontraproduktiv wirken, indem sie hohe Tierbestände auf viele Jahre stabilisierten.

„Etwas mehr Platz und Beschäftigungsmaterial können das Leid der Tiere in der Tierindustrie kaum verringern“, sagt Friederike Schmitz vom Bündnis. „Sie werden noch immer durch Zucht- und Haltungsbedingungen krank und können grundlegende Bedürfnisse nicht ausleben. Außerdem ist es auch in Anbetracht der Klimakrise dringend geboten, die Erzeugung und den Konsum von Tierprodukten drastisch zu verringern. Das Geld, das jetzt in zweifelhaftes ‚Tierwohl‘-Maßnahmen fließen soll, muss für den sozial gerechten Ausstieg aus der Tierindustrie eingesetzt werden.“

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf tierische Produkte, die als Mittel zur Finanzierung der Empfehlungen diskutiert werde, könne zwar unter Umständen zu einer Verringerung des Konsums beitragen. Jedoch sei dies erstens für sich genommen ein sehr unsoziales Instrument. Zweitens könne es allein die nötige Reduktion des Konsums nicht erreichen. Dafür brauche es sowohl klare Zielvorgaben als auch eine Vielzahl von Maßnahmen für eine solidarische Ernährungswende.

„Wenn man mit den zusätzlich eingenommenen Steuern Um- und Neubauten von Ställen fördert oder Landwirt*innen sogar Garantien für kontinuierliche Zahlungen gibt, verhindert man effektiv den deutlichen Abbau der Bestände in den nächsten Jahren“, so Schmitz.

Das Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ hat für die kommenden Tage die Veröffentlichung einer Studie angekündigt, in der die derzeitigen Subventionen für die Tierwirtschaft in Deutschland erstmals zusammengefasst werden. Die Studie legt dar, dass unabhängig von den nun diskutierten Borchert-Förderungen bereits jetzt mehrere Milliarden öffentlicher Gelder jährlich in die Tierwirtschaft fließen und diese viel mehr zur Aufrechterhaltung denn zur Lösung der Probleme beitragen. Am Freitag, dem 5.3., findet um 10 Uhr dazu eine Kundgebung vor dem Bundesagrarministerium statt.

Pressekontakt:

Email: presse@gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org

Über das Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie:

Gemeinsam gegen die Tierindustrie ist ein überregionales Bündnis, das sich im Juli 2019 gegründet hat. Es besteht unter anderem aus Menschen und Gruppen aus der Klimagerechtigkeits- sowie der

Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung. Das Bündnis fordert die Abschaffung der Tierindustrie und eine Agrarwende hin zu einer solidarischen und ökologischen Produktions- und Organisationsweise, die nicht auf Kosten anderer erfolgt und nicht am Gewinn orientiert ist. Für Juli 2021 ist eine Massenaktion zivilen Ungehorsams und ein Aktionscamp gegen die PHW-Gruppe (Wiesenhof) in Niedersachsen geplant.

Links:

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/>

<https://todon.nl/@GemeinsamGegenDieTierindustrie>

<https://twitter.com/GGTierindustrie>

<https://facebook.com/GemeinsamGegenDieTierindustrie/>

Austragen aus dem Verteiler:

Wenn Sie keine Emails von uns bekommen wollen, sagen Sie einfach kurz per Antwort auf diese E-Mail Bescheid und wir löschen Ihre Adresse.